



## KOMMENTAR

### **„Smørhullet“ Dänemark?**

**Dänemarks Spagat zwischen Freiheit und Sicherheit einerseits  
sowie zwischen möglicher Terrorgefahr und notwendiger  
Gefahrenabwehr andererseits**

Von Björn Jüttner

[bjoern.juettner@kfibs.org](mailto:bjoern.juettner@kfibs.org)

Ausgabe

4/05

\* \* \*

Die Einwohner Dänemarks fühlen sich sicher und sind zufrieden mit ihrem Leben. Bei den als vorrangig erachteten Problemen rangieren Kriminalität und Arbeitslosigkeit weit vor Terrorismus. Dieses Bild vermitteln zumindest die aktuellen Studien von Eurobarometer von 2005; neu und überraschend sind diese Ergebnisse deswegen jedoch keineswegs.

Bereits kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 untersuchte die dänische Terrorforscherin Birthe Hansen Dänemark auf eine mögliche Terrorgefährdung hin. Das Ergebnis lässt sich wie folgt zusammenfassen: das Terrorrisiko in Dänemark war gering, teilweise aufgrund einer gut funktionierenden nationalen Terrorbereitschaft, und die Sicherheit der dänische Bevölkerung galt als relativ ungefährdet. Dies alles fasste sie dann unter der Überschrift „Smørhullet Danmark“ zusammen; „Smørhullet“ bedeutet sinngemäß übersetzt „Butterhöhle“ oder auch „Butterloch“ – und soll dementsprechend die „dänische Geborgenheit“ symbolisieren.

Betrachtet man demgegenüber das forcierte politische Handeln der dänischen Regierung (in Gestalt des amtierenden Staatsministers Anders Fogh Rasmussen) gegen den Terrorismus, so muss ein Außenstehender unweigerlich zu dem Schluss gelangen: Die Dänen leben in einer permanenten Bedrohungslage.

Innerhalb eines Jahres – nach dem 11. September 2001 – erfolgte eine Welle von neuen legislativen, institutionellen und operationellen Initiativen, die im Juni 2002 in einem „Antiterrorpaket“ gipfelten. Internationale und europäische Beschlüsse wurden beinahe ohne oppositionellen Widerstand implementiert; umfangreiche finanzielle Mittel flossen unmittelbar in den polizeilichen und militärischen Geheimdienst sowie in den Katastrophenschutz, wodurch sowohl der Personalbestand als auch die Ausrüstung deutlich verbessert werden konnten. Dies scheint jedoch bei weitem nicht ausreichend zu sein, da die jüngsten Entwicklungen auf ein noch stringenteres Vorgehen der dänischen Regierung hindeuten. Das neue Finanzgesetz 2006 beinhaltet ein Posten von 150 Mio. dänischen Kronen, über 20 Mio. EUR für die weitere Bekämpfung des Terrorismus kommen hinzu. Im Frühjahr 2006 soll ein neues „Antiterrorpaket“ geschnürt werden. Es scheint so, als sei Dänemark doch nicht so sicher, wie dies gemeinhin von seinen Bürgern

angenommen wird. Oder steckt hinter dem legislativen Vorhaben gar ein ganz anderes politisches Kalkül?

Dänische Journalisten und Wissenschaftler, allen voran der Terrorismusexperte Lars Erslev Andersen, rügen bis heute das *Ad-hoc*-Vorgehen der Regierung im Terrorismuskontext als blinden Aktionismus und warnen vor einem planlosen Vorgehen, da eine konkrete Terrorgefahr für Dänemark bislang nicht besteht.

### **Wie „sicher“ ist Dänemark wirklich?**

Der dänische Geheimdienst PET vertritt in seinem letzten Jahresbericht die Einschätzung, dass Dänemark einem erhöhten terroristischen Gefahrenpotenzial ausgesetzt ist. Einer der wesentlichen Gründe dafür liegt in der militärischen Partizipation Dänemarks in Afghanistan und im Irak. Bis heute beteiligt sich Dänemark mit einer relativ großen Anzahl militärischer Kapazitäten an der internationalen Schutztruppe ISAF und der von den USA geführten *Operation Enduring Freedom* in Afghanistan sowie an der US-Koalition im Krieg gegen den Irak – mit ca. 500 stationierten Soldaten in der Umgebung von Basra. Angesichts dieser „aktiven“ Außenpolitik an der Seite der USA rückt Dänemark verstärkt in den Fokus von terroristischen Gruppierungen, wodurch das Risiko von Terroranschlägen im Inland kontinuierlich steigt. Die verheerenden Attentate von Madrid und London müssen vor diesem Hintergrund als abschreckende Beispiele für die dänische Regierung dienen. In Dänemark dürften dabei vor allem die Hauptverkehrsknotenpunkte in der Hauptstadt Kopenhagen – wie Nørreport oder der Hauptbahnhof – gefährdet sein. Denkbar wäre auch ein folgenreicher Anschlag auf die Öresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden oder auf die Brücke über den Großen Belt.

Die Gleichung „aktiver militärischer Beitrag Dänemarks im Irak zur Unterstützung der USA gleich erhöhtes Terroranschlagsrisiko im Heimatland“ wird von der politischen Führung unter Fogh Rasmussen jedoch nicht aufgestellt. Als Begründung für eine Gefährdung der Bevölkerung kann sie nicht ausreichen, gefährdet dies doch das Fortbestehen des eigenen Engagements im Irak, die traditionell guten transatlantischen Beziehungen zu den USA sowie die eigene politische Zielsetzung. Es gilt weiterhin die Vorgabe, dass der Terrorismus als Gesamtkonstrukt eine globale Gefahr darstellt, die

sowohl im Inland als auch im Ausland umfassend bekämpft werden muss. Einen Zusammenhang von innenpolitischer Gefährdung durch eine „engagierte“ Außenpolitik gibt es nicht, darf es auch nicht geben. „Naiv“ nennen die dänischen Kritiker dieses Vorgehen, und sie haben Recht. Zwar kann absolute Sicherheit der dänischen Bevölkerung von den Sicherheitsbehörden schon aufgrund der taktischen Vorgehensweise terroristischer Zellen bei Anschlägen, der meist unbekanntesten Strukturen von Terrororganisationen und der eigenen, relativ offenen Gesellschaft nicht gewährleistet werden, aber eine zu enge politische Nähe zu den USA (inkl. eines gemeinsamen militärischen Vorgehens im Irak) birgt unkalkulierbare Risiken, die durch bloßes Verdrängen nicht einfach beiseite geschoben werden können. Vorerst bleiben die Verhinderung von Terroranschlägen, das Schließen aller legislativen Schlupflöcher und die Aufklärung aktiver Terrorzellen die Kernziele der allgemeinen politischen wie operativen Bemühungen Dänemarks.

### **Enttarnung einer dänischen Terrorzelle im Oktober 2005**

Die Bemühungen der dänischen Behörden und ihrer europäischen Partner führen häufiger als angenommen zu konkreten Ergebnissen, wie das aktuellste Beispiel des operativen „Antiterrorkampfes“ in Europa zeigt. Seit Ende Oktober dieses Jahres sitzen insgesamt acht junge muslimische Studenten in Untersuchungshaft und werden beschuldigt, Terroranschläge in Dänemark und in Europa vorbereitet zu haben. Bei einer gut koordinierten Verhaftung in Sarajevo und im Großraum Kopenhagen fanden die Ermittler 30 Kilo Sprengstoff, halbautomatische Schusswaffen, Munition und ein vorbereitetes Bekennervideo für einen Selbstmordanschlag. Laut *Newsweek* soll die Gruppe sogar mit Abu Musab al-Zarqawi, dem von Osama bin Laden ernannten Stellvertreter der Al-Qa'ida im Irak, einige Mal in Kontakt gestanden haben.

Dies zeigt nicht nur die gut funktionierende Kooperation der polizeilichen Institutionen in Europa, sondern auch die Gefahr einer zunehmenden Radikalisierung einiger junger Muslime in Dänemark und in Europa – PET warnte bereits davor.

Internationalität, Unauffälligkeit und radikale Ansichten wie Absichten der zumeist jungen Mitglieder: das sind Spezifika dieser aufgedeckten „Terrorzelle“ in Dänemark. Gleichzeitig steht sie für eine Vielzahl gleichartiger Terrorgruppierungen in der ganzen

Welt. Die acht Inhaftierten haben ihre Wurzeln in Palästina, Marokko, Bosnien-Herzegowina, in der Türkei und in Serbien-Montenegro, sind allesamt zwischen 16 und 20 Jahre alt, kommen aus „gut integrierten“ Familien in Dänemark und Schweden. Zudem waren alle gut ausgebildet und verhielten sich unauffällig. Eigentlich keine einschlägige Beschreibung für Extremisten – oder vielleicht gerade deshalb doch? Was trieb diese Männer an?

Einen Hinweis scheint es aber zu geben: Im islamischen Kulturzentrum in Kopenhagen wurden fast alle Mitglieder jahrelang vom dortigen Imam Abu Ahmed unterwiesen, der unter anderem Osama bin Laden für seinen „Kampf gegen den Westen“ lobte. Im aktuellen Terrorreport der Regierung heißt es dazu erklärend, dass vor allem jene Imame Schlüsselfiguren seien, die als *gatekeeper* fungieren, um neue Terrorzellen im In- und Ausland zu etablieren.

Die dänische Regierung handelt nun: Auf Grundlage eines Ombudsausschusses mit insgesamt 49 Vorschlägen zur Terrorbekämpfung soll im Frühjahr 2006 ein neues Terrorpaket beschlossen werden. Angesichts der vermuteten terroristischen Bedrohung Dänemarks von Personen, die zur dänischen Gesellschaft gehören, greift die Regierung Vorgaben auf, die einem Überwachungsstaat gleichen. Die Pläne sind dabei weit reichend: Errichtung eines Centers für Terroranalysen unter der Zuständigkeit des PET, eine nahtlose Videoüberwachung an Verkehrsknotenpunkten und öffentlichen Plätzen sowie ein Kompetenzzuwachs für die Polizei und den zivilen wie militärischen Geheimdienst. Darunter fallen die Einsicht von Passagierlisten an Flughäfen, verschärfte Kontrollen bei der Einreise, eine unbegrenzte Telefon- und E-Mail-Überwachung sowie eine striktere Observation des so genannten Milieus.

Der politischen Opposition, wie z. B. den Sozialdemokraten, geht dies eindeutig zu weit. Einige fühlen sich schon an den Film „Minority Report“ erinnert und befürchten gar, dass das Grundrecht der Freiheit des Menschen dadurch zu stark eingeschränkt werden könnte. Hier stellt sich die Frage nach der gültigen Rechtssicherheit der Bürger. Wird sie nun womöglich dem Sicherheitsbedürfnis geopfert?

Schon im Vorfeld der Parlamentsdebatte wird manches heftig kritisiert. Dazu gehört unter anderem, dass der neue Terrorpakt, genauso wie der alte, keine zeitliche Beschränkung aufweist. Ferner stellt sich die Frage: Gilt der Terrorpakt auch für Kommunisten und Neonazis? Oder nur für islamistische Einwanderer? Zudem wird

bezweifelt, dass Überwachungskameras Selbstmordanschläge letztlich verhindern können. Gerade in London, einer Stadt mit zahlreichen Überwachungskameras, konnten Selbstmordanschläge ungehindert durchgeführt werden. Vielerorts wird spekuliert, dass die dänische Regierung nunmehr lang gehegte legislative Vorhaben, wie etwa strengere Grenzkontrollen, Begrenzung der illegalen Einwanderung und ein drakonischeres Handeln gegenüber der allgemeinen Kriminalität, unter dem Deckmantel des Terrorismus problemlos umsetzen könnte. Dadurch hätten die polizeilichen Behörden neue operative Instrumente (beispielsweise gegen die bestehende Rockerkriminalität) erhalten.

Viele Wissenschaftler sehen weiterhin keine einheitliche politische Strategie bei den „Antiterrorpaketen“. Es gibt kaum Analysen zur Gefährdung Dänemarks, keine genauen Erkenntnisse über Gruppierungen, wie beispielsweise die in Dänemark vermutete aktive Terrorgruppe „Hizb-ut-Tahrir“.

Andererseits: Für die „Dansk Folkeparti“, eine Partei des rechten Spektrums, welche die Minderheitenregierung von Fogh Rasmussens „Venstre“ stützt, gehen die Vorschläge nicht weit genug. Für eine entsprechende Zustimmung zum „Antiterrorpakt“ fordert sie eine strenge Handhabung gegenüber „Hizb-ut-Tahrir“ und eine Koppelung der Staatsbürgerschaft an die neuen Antiterrorgesetz-Paragrafen. Bereits jetzt mag man kaum glauben, dass dieses Gesetzesvorhaben von einer bürgerlich-liberalen Regierung kommen soll.

Dem Regierungschef Fogh Rasmussen und Dänemark stehen somit nicht nur ein Spagat zwischen verstärkter Sicherheit und Rechtssicherheit bevor, sondern zugleich ein weiterer zwischen den konkurrierenden politischen Lagern. Das neue dänische Terrorpaket bedeutet massive Einschränkungen der demokratischen Gesellschaftsform, zu der insbesondere der Respekt vor dem Individuum, der Schutz von Minderheiten und das Recht auf freie Meinungsäußerung zählen. Es scheint so, als blende die Regierung jegliche Bedenken aus, trotz vehementer Beteuerungen bezüglich der Einhaltung der Rechtssicherheit, um auf diese Weise einen „optimalen Schutz“ zu garantieren. Dabei werden die eigentlichen Absichten verschwiegen und mögliche konsequente Planungen, wie z. B. der Rückzug der Soldaten aus dem Irak oder eine durchdachte Terrorstrategie, sind dann hinfällig.

Das Paradoxe daran ist, dass es zu einer Verschärfung der Antiterrorgesetzgebung kommen soll, ohne dass eine konkrete Gefährdung der dänischen Gesellschaft vorliegt.

Laut *Newsweek* beabsichtige die dänische „Antiterrorzelle“ entweder Ziele in Sarajevo zu treffen oder das Weiße Haus in Washington anzugreifen. Eine Antwort steht somit noch aus.

**(Hinweis:** Dieser Kommentar von Björn Jüttner berücksichtigt Ereignisse und Entwicklungen in Dänemark bis zum 9. Dezember 2005 einschließlich.)